

AFGHANISTAN IST NICHT SICHER – ABSCHIEBESTOPP JETZT!

Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer wie Afghanistan

UN-Berichten zufolge war 2016 das blutigste Jahr in Afghanistan – seit Beginn der Aufzeichnung (2009). Mindestens 11.418 Zivilisten wurden getötet oder verletzt, fast ein Drittel davon Kinder. Allein die Opfer des IS-Terrors haben sich im vergangenen Jahr verzehnfacht. Die Regierung kontrollierte 2016 nach Berichten des Spezialinspektors des US-Senats für den Wiederaufbau in Afghanistan nur noch 57% des Staatsgebiets – 15% weniger als im Jahr zuvor. Das UN-Flüchtlingswerk erklärt, dass mehr als eine Million Afghanen 2016 aus umkämpften Gebieten innerhalb des Landes sowie aus dem Nachbarland Pakistan (aufgrund politischer Spannungen) vertrieben wurden und sich in Ballungsgebieten wie Kabul angesiedelt haben. Dadurch ist die Versorgungslage in den Großstädten katastrophal und unzählige Rückkehrer*innen sind von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hunger und Armut lebensgefährlich bedroht. Hinzu kommt die dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage in der als „sicher“ bezeichneten Hauptstadt Kabul – die immer häufiger zur Kulisse von tödlichen Taliban-Attentaten wird.

Verschiedene UN-Organisationen, ausgewiesene Afghanistan-Experten, die Menschenrechts- und Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, zahlreiche Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände, Kirchen und führende Landespolitiker verschiedener Bundesländer kommen alle zu dem gleichen Schluss:

Die Sicherheits- und Versorgungslage in Afghanistan hat sich so dramatisch verschlechtert, dass eine Abschiebung aus menschenrechtlichen Erwägungen weder zumutbar noch rechtmäßig ist.

ABSCHIEBUNGEN IN KRIEGSGEBIETE SIND INHUMAN UND ILLEGAL!

Allgemein gilt: Es muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob Gefahren für Leib und Leben drohen und ob eine Rückkehr tatsächlich zumutbar ist. Kein Mensch darf in eine Region zurückgeschickt werden, in der sein Leben durch Krieg und Gewalt bedroht ist (§60 AufenthG).

Trotzdem setzen sich die Bundesregierung und v.a. die Bayerische Landesregierung, über geltendes Recht und Menschenrechte hinweg, indem sie Abschiebungen in ein Land, in dem Leib und Leben täglich durch Gewalt, bürgerkriegsähnliche Zustände, terroristische Attentate und eine insgesamt unsichere Versorgungssituation bedroht sind durchführen. Abgeschoben in die als „sicher“ bezeichneten Gebiete werden auch diejenigen, die weder Familie dort haben, noch über Geld oder Qualifikationen verfügen. Wie werden diese Menschen überleben?

Trotzdem hat Deutschland am 15. Dezember 2016 damit begonnen, Flüchtlinge aus Afghanistan, die in Deutschland Schutz suchten, in Sammelflügen abzuschicken. Am 23.01.17 waren darunter auch mehrere gut integrierte junge Männer aus Bamberg. Einer von ihnen wurde bereits zwei Wochen später bei einem Anschlag auf das oberste Gericht in Kabul verletzt. Dieser junge Mann war in Bamberg kurz davor eine Pflege-Ausbildung zu beginnen und wurde vom BFZ als bayernweites Vorbild für gelungene Integration vorgeschlagen. Dies zeigt die desaströsen Konsequenzen dieser fehlgeleiteten Asylpolitik.

Die **Konsequenz:** Angst, Verunsicherung und Unverständnis, die Integrationsarbeit behindern und die Integrationserfolge der letzten Jahre zunichtemacht. Integration von Menschen fordern, um anschließend ihre Abschiebung zu fördern – das passt nicht zusammen.

Integration auf Bayrisch?!

Noch im Jahr 2016 wurde vor allem auf Druck der vom Fachkräftemangel betroffenen Wirtschaftsverbände hin, im Bund ein **Integrationsgesetz** verabschiedet, das den integrationswilligen Flüchtlingen für die Zeit der Ausbildung Schutz zusichert („*Ausbildungsduldung*“). Dieses Gesetz wird aber von der bayrischen Landesregierung unterlaufen, die den jungen Afghanen aufgrund ihrer „unsicheren Bleibeperspektive“ verbietet Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisse einzugehen, da sich so ihr Status in Deutschland verfestigen würde. Dieser **bayrische Sonderweg**, einerseits Integration unter Androhung von Strafe zu fordern und dafür Mittel bereit zu stellen, und andererseits die integrationswilligen Afghanen von Sprachkursen und Ausbildungen auszuschließen, um sie später abschieben zu können, ist nicht nur für die Betroffenen selbst eine unverständliche Praxis. Diese Politik hat weitreichende Konsequenzen für die Integrationsarbeit im Allgemeinen, wie diese Stellungnahme von Lehrer*innen und Betreuer*innen aus Bamberg veranschaulicht:

Wenn Schüler aus Klassen verschwinden, ist das ein Grund zur Sorge

Es ist eine kurzsichtige und herzlose Politik, die einige in Lebensgefahr versetzt, und viele in Angst - auch Flüchtlinge anderer Länder. Was hilft es, wenn Schüler aus Angst vor der Polizei nicht mehr in die Schule kommen? Was hilft es uns, wenn Schüler aus Angst vor Abschiebung untertauchen oder sich selbst Gewalt antun?

Wir, die Flüchtlinge betreuen, ausbilden und unterrichten, erleben direkt die Auswirkungen dieser verfehlten Politik. Es hat ein Ausmaß angenommen, zu dem wir nicht länger schweigen können.

Auch die zahllosen ehrenamtlichen Unterstützer, die sich teilweise seit Jahren leidenschaftlich um die Integration der Ankommenden kümmern, sind schockiert und vor den Kopf gestoßen. Wenn junge Menschen, die jahrelang in Deutschland leben und sich in ihrer Schule, ihrem Betrieb und ihrem Verein zu Hause fühlen, auf einmal in ein ihnen oft fremd gewordenes, unsicheres Land abgeschoben werden, ist das in jedem einzelnen Fall eine menschliche Tragödie.

Diese Entwicklung stellt eine weitere Eskalationsstufe der verschärften Asylpolitik der Bundesregierung dar, die bereit scheint, aus innenpolitischen und wahltaktischen Gründen auf die Wahrung unserer humanitären Grundwerte zu verzichten. **Wir wollen diese Entwicklung nicht tatenlos hinnehmen.**

Wir fordern daher:

- Den Stopp der Abschiebungen in lebensgefährliche Kriegs- und Krisengebiete und die Anerkennung der unzumutbaren Gefährdungslage im Kriegsland Afghanistan.
- Die Einhaltung von rechtsstaatlichen Verfahrensstandards sowie umfassende Einzelfallprüfungen und mehr Transparenz im Asylverfahren.
- Eine Ausbildungs- und Arbeitsperspektive für die mehrere Jahre in Deutschland lebenden und hier gut integrierten Menschen aus Krisengebieten.
- Eine Politik, die sich der eigenen Mitverantwortung für globale Fluchtbewegungen stellt und Fluchtursachen aktiv bekämpft.
- Keine Abschiebungen und Arbeitsverbote aus wahltaktischen Gründen und eine deutliche Abgrenzung von rassistischen, ausländerfeindlichen Forderungen.